

Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juli 2023

Familien stärken – aber richtig!

Gastbeitrag von Silvia Breher

**"Wir brauchen eine positive
Vorstellung von der Zukunft"**

Interview mit Friedrich Merz über Klimaschutz und Wirtschaft

CDU  CSU

3
Zu Beginn
Thorsten Frei

4
Im Gespräch
Friedrich Merz über Klimaschutz und Wirtschaft

6
Im Fokus
Silvia Breher über die richtige Familienpolitik

8
Im Fokus
Die Europäische Union – Unser Stabilitätsanker

10
In eigener Sache
Ladies' Circle – Von Frauen für Frauen

12
Im Bücherregal
Was wir lesen...

14
Im Blick
Die Fraktion in Bildern

16
Zu guter Letzt
Tweet

4

"Wir brauchen eine positive Vorstellung von der Zukunft"

Friedrich Merz spricht über die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaft



© Tobias Koch

6

Familien stärken – aber richtig!

Die familienpolitische Sprecherin Silvia Breher plädiert für eine Politik ohne ideologische Scheuklappen



© Tobias Koch

8

Die Europäische Union – Unser Stabilitätsanker

Die CDU/CSU-Fraktion formuliert ihr europapolitisches Leitbild



© NoName_13 Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,

Politik muss den Menschen zuhören, ohne ihnen nach dem Mund zu reden. Wir sehen es als unsere Pflicht an, die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger auf die Tagesordnung zu setzen. Gerade in diesen Zeiten, in denen uns gleich mehrere Krisen herausfordern, müssen wir die gesellschaftlichen Debatten mit Engagement und Sachverstand aufgreifen. Die schwierigen Themen dürfen wir weder der Regierung noch den Populisten an den Rändern des politischen Spektrums überlassen. Der Kommunalgipfel, bei dem wir im März Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland im Bundestag zu Gast hatten, ist ein gutes Beispiel, wie dies gelingen kann.

Die CDU/CSU-Fraktion versteht sich als konstruktive Opposition. Wir legen einerseits den Finger in die Wunde und tragen andererseits die Verantwortung für unser Land mit. Wir pflegen eine klare Sprache, legen aber zugleich Wert auf einen respektvollen Umgang mit unseren Mitbewerbern. Angesichts eines grauenhaften Landkrieges in Europa, anhaltender irregulärer Migration nach Deutschland, hoher Inflation und beginnender Rezession darf es keinen Streit um des Streites Willen geben. Vielmehr müssen wir um die besten Lösungen ringen.

Zur Mitte der 20. Wahlperiode zeigt sich, dass unsere Oppositionsarbeit wirkt. Denn wir konnten der Koalition bedeutende Kurskorrekturen abringen. So haben wir die Ampel dazu gebracht, auf die Gasumlage zu verzichten, das Freihandelsabkommen CETA zu ratifizieren und die Energiepauschale nachzubessern. Nicht zuletzt auf unseren Druck hin unterstützt die Bundesregierung die Ukraine inzwischen so, wie man es erwarten kann.

Aber damit nicht genug. Wir stemmen uns gegen die schleichende Deindustrialisierung Deutschlands. Die Unternehmen erwarten zu Recht eine Antwort auf die Frage, warum die Energiekosten hierzulande ungleich höher sind als in Frankreich oder in den USA. Die Arbeitnehmer wiederum rufen nach mehr Netto vom Brutto. Wenn der Staat auf Rekorderlösen von mehr als 1.000 Milliarden Euro zusteuert, dürfen die Bürger nicht noch mehr geschröpft werden. Eine Regierung muss in der Lage sein, mit dem Geld auszukommen, das ihr zur Verfügung steht.

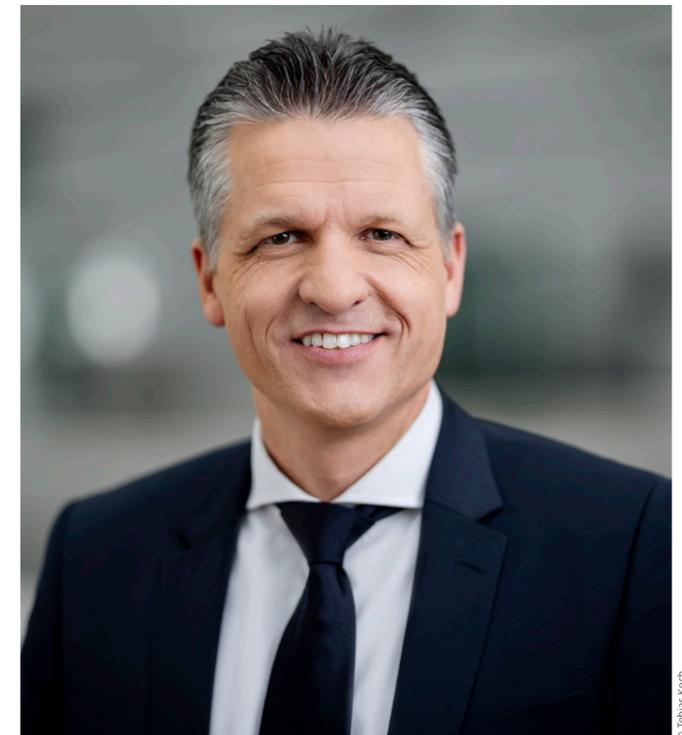
Die Bürger können sich darauf verlassen, dass wir uns als größte Oppositionspartei weiterhin für eine solide Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik einsetzen. Wir sind uns sicher: Unser starkes Land hat dank seiner Talente, seiner Schaffenskraft und Dynamik beste Voraussetzungen, die Herausforderungen zu bestehen.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Thorsten Frei

Thorsten Frei
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



© Tobias Koch



"Wir brauchen eine positive Vorstellung von der Zukunft"

Friedrich Merz zur Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaft – Für einen technologischen Ansatz

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Welche Herausforderungen damit verbunden sind, worin Lösungen bestehen könnten, welche Einstellungen es dafür braucht – darüber ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz.

Herr Merz, wenn Sie auf die immensen Aufgaben schauen, die vor uns liegen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaft und Energie, werden Sie dann manchmal mutlos?

Merz: Absolut nicht. Wenn wir es klug angehen und auf technische Innovationen setzen, dann kann durch Klimaschutz für Deutschland sogar ein Wettbewerbsvorteil entstehen. Wieso sollte Deutschland nicht zum Exportweltmeister in Sachen Klimaschutz werden? Ich halte das für sehr gut möglich. Wir haben viele kluge Köpfe und Tüftlerinnen und Tüftler im Land. Wichtig ist: Wir müssen alle diese Aufgaben als Einheit verstehen, ganzheitlich vorgehen und die Menschen dabei mitnehmen.

Den Kopf in den Sand zu stecken oder sich auf der Straße festzukleben, hat noch niemanden weitergebracht. Wer die Klimadebatte nur mit unrealistischen Katastrophenszenarien führt, kann ja nur schwermütig werden.

Wir möchten stattdessen eine positive Vorstellung von der Zukunft entwerfen, wir wollen Dinge besser machen, gestalten. Deshalb müssen wir den Klimawandel und alles, was damit an Herausforderungen verbunden ist, als Chance sehen. Ich bin fest überzeugt: Die Probleme sind lösbar. Das Ziel ist klar, über den Weg dorthin müssen wir gerade mit der jetzigen Bundesregierung aber intensiv ringen.

Wie sind die Probleme denn lösbar? Wie zum Beispiel können wir die CO₂-Emissionen auf netto Null zurückfahren?

Merz: Es wird nicht leicht, wenn wir so weitermachen wie bisher – wenn wir beispielsweise im Zuge der Energiekrise wieder Kohlekraftwerke ans Netz nehmen, anstatt die emissionsfreien Kernkraftwerke, die wir noch haben, vorübergehend länger laufen zu lassen. Am Zieldatum 2045 stellen wir dann möglicherweise fest, dass wir gar nicht so viele Wälder und Moore haben, wie wir bräuchten, um das

restliche Kohlendioxid, das am Ende immer noch ausgestoßen wird, aufzunehmen.

Warum versuchen wir es nicht mit einem technologischen Ansatz, dem der Kreislaufwirtschaft? Die Stichworte heißen: CCS und CCU. Damit gemeint ist die unterirdische Speicherung oder die Wiederverwertung von Kohlendioxid in fester Form.

Abgeschiedenes CO₂ ist in verpresster Form nämlich ein werthaltiger Grundstoff, den die Industrie nutzen kann. Wir müssen aufhören, diesen Stoff zu dämonisieren. Wenn wir die Energiewende auf diese Weise angehen, können wir 2045 vielleicht sogar der Atmosphäre mehr CO₂ entziehen, als wir freisetzen.

Auch die Künstliche Intelligenz kann voraussichtlich einen gewaltigen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten. „Smart Grid“ klingt wie Raumschiff Enterprise, ist aber logisch: Ein intelligentes, perfekt gesteuertes Stromnetz würde uns helfen, den Energieverbrauch deutlich zu drosseln. So funktioniert Smart Grid.

Kurzum: Wir müssen einen 360-Grad-Blick einnehmen und alles anschauen, was möglich ist. Wenn wir mit Scheuklappen durch die Gegend laufen, wird das nichts.

»Unser Ordnungsrahmen heißt Soziale Marktwirtschaft«

Technologie soll es also richten. Und Verbote brauchen wir nicht, um das Ziel zu erreichen?

Merz: Wenn wir die Energiewende stemmen wollen, dann schaffen wir das kaum mit Verboten und Vorschriften. Damit bringen wir nur die Menschen gegen uns auf, die nicht permanent bevormundet werden wollen.

Was wir allerdings brauchen, ist ein großer Ordnungsrahmen. Diesen Ordnungsrahmen haben wir sogar schon. Er nennt sich Soziale Marktwirtschaft und funktioniert hervorragend seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor fast 75 Jahren. In der Sozialen Marktwirtschaft werden unternehmerische Interessen mit politischen und gesellschaftlichen Erfordernissen zusammengebracht. In der Sozialen Marktwirtschaft geben wir Unternehmen, Forschern oder Ingenieuren die Freiheit, sich Lösungen auszudenken. Und das Beste: Sie können damit sogar Geld verdienen.

Der „Öko-Sozialismus“ hingegen, wie er von links gefordert wird, beruht auf Verboten und Vorschriften. Mit diesem Konzept würden noch mehr Unternehmen unser



Friedrich Merz Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

Land verlassen und Produktionsstätten im Ausland bauen. Jobs würden verlorengehen, Steuereinnahmen schrumpfen und unser Wohlstand enorm sinken. Deutschland muss aber für Investoren attraktiv bleiben. Denn die Industrie wandert dorthin, wo sie günstigere finanzielle Bedingungen, weniger Bürokratie und mehr unternehmerischen Freiraum vorfindet. Dem Klima wäre mit der Abwanderung überhaupt nicht gedient. Aber unsere Volkswirtschaft, die Arbeitnehmer, der Mittelstand – alle würden leiden

Mit welchen Instrumenten kann die Marktwirtschaft denn die Dekarbonisierung steuern?

Merz: Ein gutes Beispiel für ein funktionierendes marktwirtschaftliches Instrument ist der Emissionshandel. Der sieht vor, dass die Lizenzen für den CO₂-Ausstoß in der Menge begrenzt werden und einen Preis bekommen. Kurz gesagt: Werden die Verschmutzungsrechte knapper, steigt dieser Preis. Die Nutzer schauen sich dann aus eigenem Interesse nach günstigeren und klimafreundlichen Alternativen zu fossilen Energien um. Das können bei der Energieversorgung Wind, Sonne, Wasserkraft, Holz, Biomasse, Erdwärme (Geothermie) oder Wasserstoff sein.

Im Moment gibt es den Emissionshandel EU-weit schon für die energieintensive Industrie, Energieanlagen und den innereuropäischen Flugverkehr. Bis 2027 wird der

Emissionshandel auf die Bereiche Gebäude und Verkehr ausgedehnt. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte diesen Emissionshandel für Gebäude und Verkehr übrigens schon 2021 in Deutschland eingeführt. Wir waren da Vorreiter bis zu dem Zeitpunkt, als die Ampel den Mechanismus außer Kraft gesetzt hat.

Wenn der Preis für Energie aufgrund des Emissionshandels immer weiter steigt, was ist dann mit denjenigen, die sich das nicht leisten können? Wie kann man die Menschen denn mitnehmen?

Merz: Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wollen, müssen wir natürlich behutsam vorgehen.

Auch Menschen auf dem Land, wo der Bus nur zweimal am Tag kommt, müssen sich Mobilität leisten können. Denken Sie nur an die, die zur Arbeit in die Stadt pendeln! Ebenso wenig dürfen Haus- oder Wohnungseigentümer überfordert werden, die den Kredit für ihre Immobilie mühsam abzahlen. Sie müssen genauso die Chance haben, sich eine klimafreundliche Heizung anzuschaffen oder ihr Haus zu dämmen, um weniger Energie zu verbrauchen.

Diesen Menschen müssen wir aus dem Aufkommen des Emissionshandels eine finanzielle Förderung anbieten. Für sie muss sich klimafreundliches Verhalten lohnen.

Familien stärken – aber richtig!

Das Prinzip "Gießkanne" hilft nicht – Die Ampel muss ihre ideologischen Scheuklappen ablegen

Von Silvia Breher

Die Familien in unserem Land haben es im Moment nicht leicht. Kaum ist die Coronakrise vorbei, sind sie mit hohen Energiekosten und Inflation konfrontiert – Folgen des brutalen russischen Kriegs gegen die Ukraine. Auch in anderen alltäglichen Bereichen geht es für Familien nicht voran: vom Ausbau der Kinderbetreuung über besseren Arbeitsschutz bis hin zu persönlicher Förderung.

Familien sind darauf angewiesen, dass wir sie unterstützen. Denn sie sind der Kern unserer Gesellschaft. Kinder sind unsere Zukunft. Mütter und Väter sind unsere Alltagshelden. Genau deshalb brauchen wir aber aus meiner Sicht unbedingt wieder einen positiven Blick auf die Zukunft und mehr Lust auf Familie.

Unsere Einstellung sollte sein: Das Glas ist halb voll und nicht halb leer. Und dann sollten wir schauen, was man wie konkret verbessern kann – vor allem, was wir in der Politik tun können, um Familien auch in Zukunft

zielgerichtet zu fördern. „Zielgerichtet“ ist dabei das Buzzword: Das Prinzip "Gießkanne" kann nicht funktionieren.

In der Familienpolitik versagt die Bundesregierung an allen Ecken und Enden – unter anderem, weil sie ihre ideologischen Scheuklappen nicht ablegt. Bislang erfolgreiche Förderprogramme wie das „Bundesprogramm Sprach-Kitas“ oder die „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ hat sie einfach eingestampft, ohne die Betroffenen vorzuwarnen und ohne den Widerstand vor Ort ernst zu nehmen.

Die Regierung gibt vor, einkommensschwache Familien zu entlasten und allen Kindern Teilhabe zu ermöglichen, obwohl bedürftige Familien bereits von den Kita-Gebühren befreit sind. Entlastet werden aber ausgerechnet jene Familien, die sich diese Beiträge leisten könnten und vermutlich sogar gerne bereit wären, sie zu zahlen, wenn die Betreuungsqualität dadurch steigt.

Dabei vernachlässigt die Ampel aber sträflich die

Qualität der Kitas. Der Betreuungsschlüssel für die Kinder wird immer schlechter, weil Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas fehlen. Im Idealfall soll eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder unter drei Jahren und nicht mehr als neun Kinder über drei Jahren betreuen. In der Realität fällt die Relation vielerorts ohnehin schon schlechter aus. Wir wissen aber: Wenn Kinder in zu großen Gruppen untergebracht sind, können sie sich nicht optimal entwickeln.

Zurück zur Ampel: Ideologische Scheuklappen hat sie auch im Bereich der sogenannten Identitätspolitik auf. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Koalition sich nicht darum schert, was die Mehrheit der Bürger meint. Hauptsache, sie kann ihre Leuchtturmprojekte durchdrücken – sei es das Projekt "Verantwortungsgemeinschaft", also die rechtliche Absicherung von alternativen Lebensmodellen, sei es die Änderung des Fortpflanzungsrechts oder das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz, bei dem es um den Abschied vom biologischen Geschlecht geht.

Logische Argumente, potenzielle Gefahren und rechtliche Unsicherheiten blendet die Ampel einfach aus. Und das, obwohl andere Länder mit ähnlichen Konzepten teilweise bereits sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben und inzwischen zurückrudern.

Wie stur die Ampel agiert, kann man besonders gut beim „Selbstbestimmungsgesetz“ beobachten. Die Situation von trans- und intersexuellen Menschen soll verbessert werden – so weit, so unterstützenswert. Nun haben aber die zuständigen Ministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Justiz nach monatelanger Diskussion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der absurde Züge aufweist. Am Ende entscheidet der Bademeister darüber, ob jemand „weiblich genug“ aussieht, um die Frauensauna betreten zu dürfen.

Wie stur die Ampel agiert, kann man besonders gut beim „Selbstbestimmungsgesetz“ beobachten. Die Situation von trans- und intersexuellen Menschen soll verbessert werden – so weit, so unterstützenswert. Nun haben aber die zuständigen Ministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Justiz nach monatelanger Diskussion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der absurde Züge aufweist. Am Ende entscheidet der Bademeister darüber, ob jemand „weiblich genug“ aussieht, um die Frauensauna betreten zu dürfen.



Silvia Breher

© Tobias Koch



Kann nicht sein, denken Sie? Ist aber genau so! Auf allgemeingültige Regeln für den Zugang zu Frauenschutzräumen – also auch Duschen und Umkleidekabinen, Frauenhäuser oder Krankenzimmer – konnten sich die Koalitionspartner nicht einigen. Deshalb wurde das Problem auf das Personal vor Ort abgewälzt. Gleichzeitig droht diesem Personal Strafe, wenn Transpersonen sich diskriminiert fühlen, weil sie abgewiesen werden. Der arme Bademeister kann es also nur falsch machen.

Wie die Ampel bis jetzt vorgegangen ist, das lässt auch für die kommenden Projekte – etwa die Verantwortungsgemeinschaft – nichts Gutes erahnen. Aber genug der Unkenrufe, ich hatte ja versprochen, mich auf das Positive zu konzentrieren: Was haben wir von der Union also vor?

Wir wollen, dass junge Menschen Familie und Kinder als Chance sehen. Deshalb kümmern wir uns zum Beispiel um verbesserte Rahmenbedingungen für Selbstständige, damit sie Mutterschaft und Unternehmertum leichter

unter einen Hut bringen können. In Deutschland gibt es nämlich viel zu wenige Unternehmerinnen. Gerade bei den Unternehmensgründungen ist die Frauenquote mager.

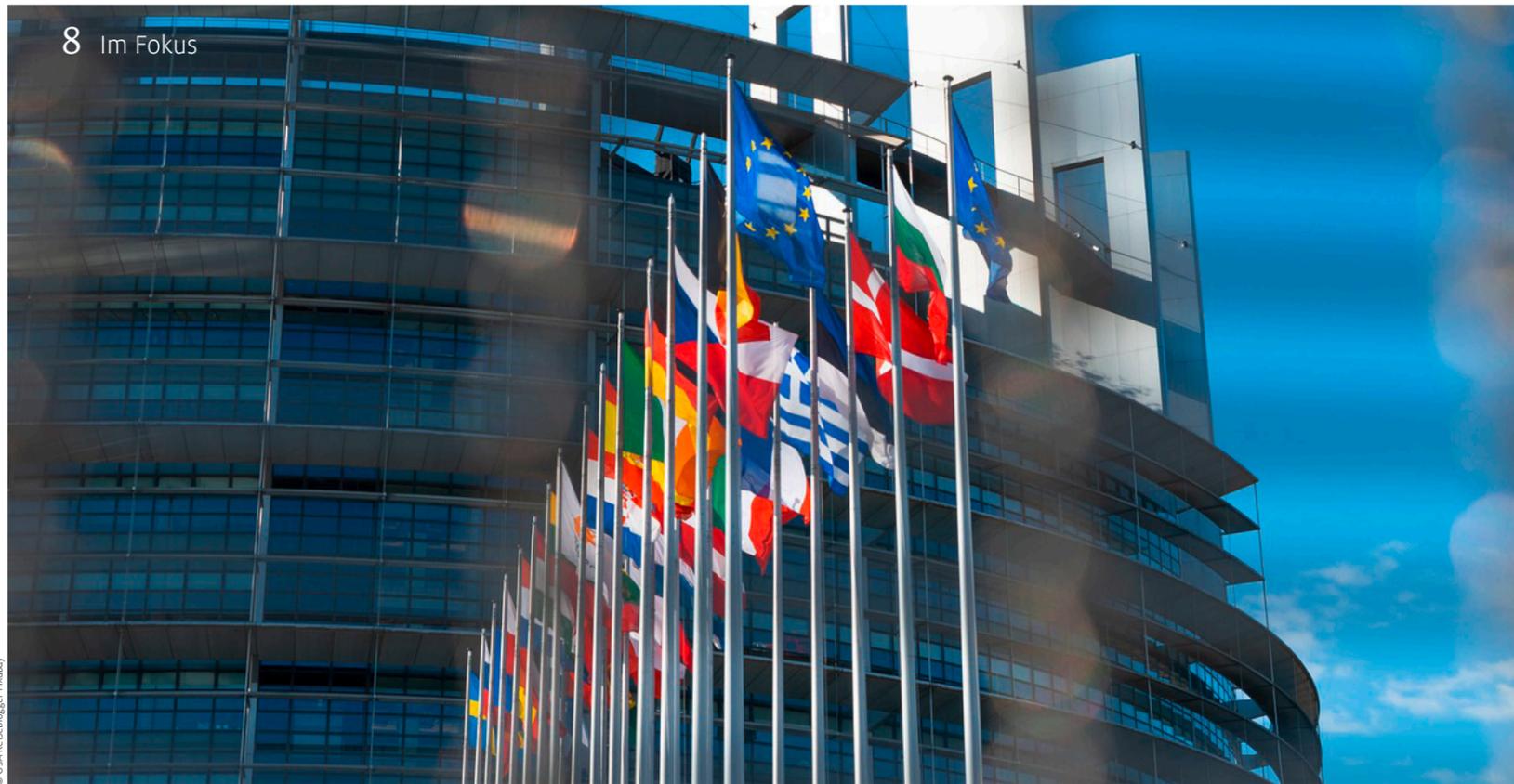
Damit sich hier etwas tut, haben wir ganz frisch einen Antrag zur Schwangerschaft und Mutterschaft bei Gründerinnen und Selbstständigen in den Bundestag eingebracht. Zwar ist klar, dass Selbstständige unter anderen Bedingungen arbeiten als Angestellte, aber auch ihnen

wollen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Deshalb streben wir Verbesserungen beim Mutterschutz, beim Elterngeld sowie bei den Kinderbetreuungsmöglichkeiten an.

Wir möchten aber auch das Beratungsnetz ausbauen, damit sich

Selbstständige besser über ihre Möglichkeiten und Ansprüche informieren können. Nur wer seine Rechte kennt, kann sie geltend machen. Ich kann nur hoffen, dass die Ampel, die genau diese unsere Forderungen öffentlich immer wieder vorträgt, über ihren Schatten springt und unseren Antrag endlich unterstützt.

Der Bademeister soll entscheiden, ob eine Transperson in die Frauensauna darf – absurd!



© USA: Reuters/Photobay

Die Europäische Union – Unser Stabilitätsanker

Die CDU/CSU-Fraktion formuliert ihr europapolitisches Leitbild

Die politische Lage weltweit ist geprägt von Krisen, Konflikten und dem Klimawandel. In dieser Welt fundamentaler Herausforderungen ist die Europäische Union ein Stabilitätsanker. Damit die EU dieser Rolle weiterhin gerecht werden kann, braucht es jedoch Reformen. In einem Grundsatzpapier hat die CDU/CSU-Fraktion ihr europapolitisches Leitbild ausformuliert. Darin beschreibt sie, wohin die Reise gehen soll.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist seit jeher eine entschieden proeuropäische Kraft. Mit Blick auf die Europawahl im kommenden Jahr, aber auch auf die mittel- und langfristige Entwicklung der Gemeinschaft will sie inhaltlich Pflöcke einschlagen. Auf 23 Seiten beschreibt die Union ihre Haltung zu drängenden Fragen – vom Binnenmarkt und dem Handel über den Klima- und Umweltschutz bis zu Sicherheit und Recht, von Landwirtschaft und Verbraucherschutz über Gesundheit und Bildung bis zum deutsch-französischen Motor und der EU-Erweiterung.

Dabei versteht die CDU/CSU-Fraktion die Europäische Union weder als Bundesstaat noch als losen Wirtschaftsverbund. Vielmehr sieht sie in ihr eine starke

Gemeinschaft, die Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand garantiert, die die europäischen Werte und Interessen nach außen vertritt. Mit Blick auf das Streben der kriegsgeschundenen Ukraine in die Europäische Union schreibt Fraktionschef Friedrich Merz in einem Gastbeitrag gemeinsam mit EVP-Chef Manfred Weber für die „Welt“: „Das Friedens- und Freiheitsversprechen der Europäischen Union (ist) aktueller denn je.“

Damit die EU ihr Versprechen umsetzen kann, muss sie nach den Worten der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Patricia Lips „dringend handlungsfähiger werden und sich auf Wesentliches konzentrieren“. Manches, was in Brüssel geregelt wird, kann besser auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden werden. Lips fordert, die EU solle sich konzentrieren auf das, „was einen konkreten Mehrwert für Bürger und Unternehmen schafft“ – zum Beispiel Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Verteidigung, Klimaschutz und Migration.

»Brüssel muss nicht alles regeln«

Wie soll das gehen? Über „Innovations- und Technologieoffenheit, Anreize statt Verbote, weniger Bürokratie und geringere Belastungen“, sagt Lips.

Der europapolitische Sprecher Gunther Krichbaum unterstreicht, dass die EU „sich im globalen Wettbewerb der politischen Systeme mit ihren Werten und strategischen Interessen behaupten“ muss. Merz schreibt: „Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas ist unsere Lebensversicherung in einer globalisierten Welt.“ Die Fähigkeit, im internationalen Wettbewerb wirtschaftlich und politisch zu bestehen, gebe den Ausschlag dafür, ob die EU in der Welt Taktgeber sei oder anderen folgen müsse.

Wettbewerbsfähigkeit erhalten heißt: die Digitalisierung vorantreiben, neue Technologien fördern, industriepolitisch unabhängiger werden. Wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit ist auch eine Zusammenarbeit mit ausgewählten Staaten in Afrika, Südamerika und Asien, vor allem in der Handels- und Außenwirtschaftspolitik.

„Europa muss sich als attraktiver Partner positionieren und vor allem denen die Hand reichen, die mit uns den Weg in eine sichere und freie Zukunft gehen wollen“, betont Krichbaum.

Im Hinblick auf die Sicherheit hält die CDU/CSU es für unabdingbar, die Streitkräfte der EU-Länder zu verzahnen. In dem Positionspapier heißt es außerdem: „Damit die EU ein Raum der Freiheit bleibt, müssen die Außengrenzen wirksam gesichert und die polizeiliche Kooperation vertieft werden.“

»Mit Marktwirtschaft und Technologieoffenheit voran«

Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wie z.B. Sanktionen können der EU helfen, effizienter zu werden. Auch eine Verschlankung der EU-Kommission würde dazu beitragen.

Bis 2050 will die EU der erste klimaneutrale Kontinent werden. Damit dies gelingt, setzt sich die Unionsfraktion für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein, aber auch für einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie für die CO₂-Abscheidung. Marktwirtschaftliche Instrumente und Technologieoffenheit sind dabei die Mittel zum Zweck. Verbote erscheinen der CDU/CSU nicht zielführend.

Nicht zuletzt dringt die CDU/CSU-Fraktion auf haushaltspolitische Solidität in Europa. Das heißt, die Mitgliedstaaten sollen nicht über ihre Verhältnisse leben. Sie sollen weiterhin verpflichtet sein, die Defizitgrenze von drei Prozent und die Grenze für die Gesamtverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einzuhalten. Wer sie

»Werte und Interessen verteidigen«

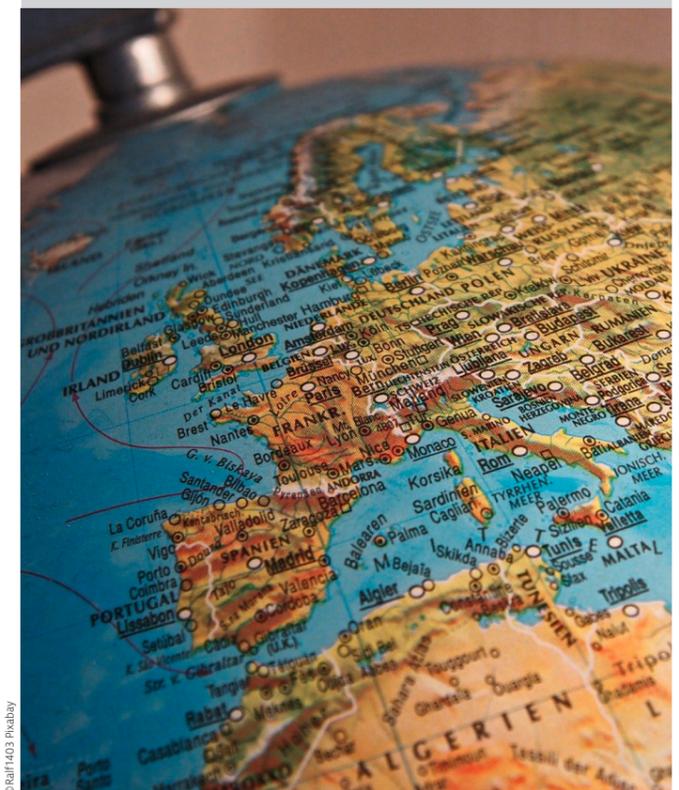
überschreitet, muss auf den Pfad der Tugend zurückkommen. „Das schulden wir den kommenden Generationen“, schreibt Merz. Auch sie sollen noch finanziellen Spielraum zur Gestaltung ihrer Politik haben.

Eine Schuldenunion lehnt die CDU/CSU-Fraktion ab. Jeder Mitgliedstaat soll für seine eigenen Schulden haften. Außerdem dürfen Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten keine Verhandlungssache sein.

„Ein starkes Europa für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“

Die Kernbotschaften des Positionspapiers der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag:

- Die EU muss Bürokratie abbauen und die Belastungen für die Wirtschaft verringern.
- Die EU braucht stabile Finanzen.
- Die EU muss handlungsfähiger werden.
- Die EU muss ihre Werte und Interessen im globalen Systemwettbewerb behaupten.



© Reuters/Photobay



Ladies' Circle – Von Frauen für Frauen

CDU/CSU-Fraktion bietet Plattform zur politischen Vernetzung



Spiegel-Bestsellerautorin und Finanzkolumnistin Margarethe Honisch gibt beim Ladies' Circle zu "Female Finance" Tipps, wie die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen gestärkt werden kann.

Da geht noch was: Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist längst nicht vollendet. In der Politik und in der Arbeitswelt, in Führungsetagen oder in der Gründerszene gibt es viele erfolgreiche Frauen – leider zu selten auf dem Posten der Chefin. Um mehr Problembewusstsein zu schaffen, haben Dorothee Bär, Silvia Breher und Mechthild Heil den Ladies' Circle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ins Leben gerufen – ein Forum für Erfahrungsaustausch, aber auch eine Plattform für praktische Hilfe und politische Veränderung.

„Der Ladies' Circle ist kein elitärer Club, sondern ein offenes Frauennetzwerk, das sowohl den Teilnehmerinnen als auch der Fraktion einen messbaren Vorteil bringt“, sagt Dorothee Bär, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitinitiatorin des Circle. Die Veranstaltungen, von denen es bislang vier gegeben hat, befassen sich mit Themen wie Frauen als Gründerinnen und Frauen in Führungspositionen, mit der unerforschten Frauenkrankheit Endometriose, mit Einsamkeit im Alter oder mit Female Finance.

Beispiel Female Finance: Noch immer sind in Deutschland laut Studien drei von zehn Frauen finanziell abhängig von ihren Partnern. Noch immer überlassen die meisten die Klärung finanzieller Fragen den Männern. Nach einer Trennung oder im Alter rutschen viele Frauen in die Armut ab. Und die wenigsten investieren in Aktien, um

für ihr Alter vorzusorgen. Während Banken und Finanzdienstleister Frauen als Zielgruppe entdeckt haben, hat die Politik Nachholbedarf.

Beispiel Einsamkeit im Alter: In Deutschland leben 17,5 Millionen Menschen über 65. Wer keine Familie hat, wer nicht mehr täglich zur Arbeit geht, wer in strukturschwachen Regionen wohnt, den kann Einsamkeit früher oder später treffen. Dabei gibt es Möglichkeiten, diese Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen: indem man ihnen digitale Kompetenzen vermittelt, das Ehrenamt für Seniorinnen und Senioren fördert, generationenübergreifende Wohnformen aufbaut, Bildungs- und Begegnungsangebote macht. Die Politik muss nur die Initiative ergreifen.

Genau das tut der Ladies' Circle: Zur Diskussion eingeladen werden Betroffene und Expertinnen, Vorreiterinnen und Influencerinnen. Den Austausch zwischen den externen Referentinnen und Referenten, den Fraktionsmitgliedern und den Gästen beschreibt Bär als „lebendiges Geben und Nehmen“ an Wissen und persönlicher Erfahrung. „Uns alle eint das Bestreben, etwas für die Frauen und damit auch für unsere gesamte Gesellschaft nachhaltig zu verbessern“, betont Bär.

In der Rückschau sei jeder der Circle-Abende ein Gewinn gewesen, das Feedback der Gäste großartig. „Wir

besetzen Themen, wir setzen Akzente. Die Union ist präsent“, sagt Bär.

Von „tollen Veranstaltungen“ schwärmt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Silvia Breher, von vielen positiven Rückmeldungen. „Auch für mich persönlich ist der Ladies' Circle eine unheimliche Bereicherung“, sagt sie. Die Frauen, die sich vom Ladies' Circle angesprochen fühlen, kommen aus allen Altersgruppen, ihr sozialer und beruflicher Background ist vielfältig. „Auf den Multiplikatoreffekt der Entscheiderinnen innerhalb des Ladies' Circle kommt es an“, unterstreicht die CSU-Politikerin Bär.

Die CDU-Abgeordnete Breher weist darauf hin, dass erfolgreiche Frauen in Deutschland im Prinzip alle vor denselben Fragen stehen – egal, ob es sich um Unternehmerinnen, Ärztinnen, Bankerinnen oder Beamtinnen handelt. Sie fragten sich: Wie bringe ich Familie und Beruf unter einen Hut? Wie kann ich mich beruflich weiterentwickeln? Wie lerne ich Frauen in einer ähnlichen Situation kennen? Und wie kann ich mich besser vernetzen? „Es wird Zeit, dass diese Themen endlich auf die politische Agenda geholt werden“, meint Breher.

Und was wird aus diesen Veranstaltungen? Bestenfalls entstehen daraus kleine Anfragen oder Anträge für den Bundestag. Eine renommierte Professorin, die beim Ladies' Circle als Referentin aufgetreten war, konnte die Fraktion als Sachverständige für eine Öffentliche Anhörung im Bundestag gewinnen.

»Schluss mit Rollenklischees«

Die Veranstaltung zum Thema Endometriose bewirkte, dass die Ampel-Koalition innerhalb weniger Tage ihre Position veränderte. Nachdem sie zunächst keine Fördergelder für die Erforschung der Krankheit vorgesehen hatte, widmet sie ihr nun fünf Millionen Euro. „So funktioniert Opposition auch“, resümiert Bär. „Das Format des Ladies' Circle motiviert ungemein.“ Sie spricht von einer Bereicherung, die nach innen wie nach außen wirke.

„Unsere Idee wirkt auch nach Innen“, unterstreicht die Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der Fraktion, Mechthild Heil. Frauen sollen sich in der Fraktion genauso gut aufgehoben fühlen wie Männer, fordert Heil. Und das geht nur, „wenn die Themenarbeit der Kolleginnen und Kollegen als relevant empfunden wird, wenn ihre Argumente ernstgenommen werden und in die Entscheidung einfließen“.

Grundsätzlich glaubt Heil, dass die Zeit vorbei ist, in der weibliche Abgeordnete sich für Aufgaben entscheiden, die den gängigen Rollenklischees entsprechen: „Frauen bringen – wie die Männer auch – ihre Kompetenzen zu allen politischen Themen ein.“ Jede entscheide nach eigener Neigung und Fähigkeit, ob sie sich im Bereich der Frauen-, Familien- und Sozialpolitik engagieren wolle oder in der Finanz-, der Außen- und Sicherheitspolitik. „Leider gibt es aber immer noch Arbeitsfelder, in denen Frauen seltener vertreten sind“, sagt Heil.



Teilnehmerinnen beim Ladies' Circle zum Thema „Gründerinnen“ (v.l.n.r.): die Abgeordneten Petra Nicolaisen und Dorothee Bär, die Gründerin und Zeitschriften-Herausgeberin Katharina Wolff sowie die Abgeordneten Nina Warken, Kerstin Radomski und Silvia Breher

Was wir lesen...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. Die Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine märchenhafte, eine inspirierende. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das fasziniert, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Vier Abgeordnete empfehlen uns ihre Lektüre für den Sommer:

Christiane Schenderlein
aus Nordsachsen

1813 – Kriegsfeuer

Für meinen Sommerurlaub habe ich mir den Roman „1813 – Kriegsfeuer“ von Sabine Ebert vorgenommen. Der fesselnde Schreibstil der Autorin fasziniert mich ebenso wie die Akribie, mit der sie historische Fakten recherchiert und aufbereitet, so zum Beispiel auch in den fünf Bänden des Barbarossa-Epos „Schwert und Krone“. Wer auf unterhaltsame Weise in die sächsische Geschichte eintauchen möchte, wird bei Sabine Ebert stets fündig. Mit 928 Seiten ist „1813 – Kriegsfeuer“ ein Roman, für den man Zeit am Stück braucht – perfekt für den Urlaub.

Was mich an diesem Roman reizt, ist die Tatsache, dass sich die Bestsellerautorin mit der Geburtsstunde des modernen Europas beschäftigt. Die Geschichte spielt zur Zeit der Völkerschlacht bei Leipzig, also in meiner Heimat. Eine Mutter, die auf die Rückkehr ihrer Söhne aus Russland hofft, Studenten, die für die Freiheit kämpfen, ein Kontinent am Scheideweg – im Grunde sind all diese Facetten

hochaktuell. Dieser Roman schildert vor historischer Kulisse Menschen, die trotz Not und unvorstellbarer Grausamkeiten versuchen, ihre Menschlichkeit zu bewahren.

Sabine Ebert, 1813 – Kriegsfeuer, Knauer TB

Maximilian Mörseburg
aus Stuttgart

Die Jagd

Viele Jahre haben wir neben dem russischen Nachbarn gelebt, ohne uns groß Gedanken über die Lebensrealität der Menschen dort zu machen. Natürlich war uns gelegen an einem stabilen, zuverlässigen Russland, aber wir haben uns nicht die Mühe gemacht, die russische Gesellschaft zu verstehen. Das war einer der größeren Fehler der Nachwendzeit.

Erst jetzt, nachdem Russland den Krieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, fragen wir uns: Wie konnte es zu diesem Verbrechen kommen? „Die Jagd“ des belarussischen Autors Sasha Filipenko ist ein Roman, der uns schockierende Einblicke in die russische Lebensrealität bietet: Er erzählt von kompromisslosem Materialismus, von Kungelei, Lügen und Skrupellosigkeit. Von den russischen Tugenden wie Gastfreundschaft, Fleiß und Kreativität liest man hingegen wenig.

„Die Jagd“ ist ein weiterer Beleg für die literarischen Talente russischsprachiger Autoren. Es geht um einen Journalisten, der sich von den Mächtigkeiten eines Oligarchen und dessen Gefolgsleuten nicht beeindrucken lässt. Dafür wird er von ihnen gnadenlos gejagt. Zwangsläufig fragt man sich: Wie weit würde ich gehen, um meine Prinzipien zu verteidigen?

Sasha Filipenko, Die Jagd, Diogenes

Martina Englhardt-Kopf
aus Schwandorf

Eine kurze Geschichte von fast allem

Lesen beschränkt sich für mich leider über das Jahr hinweg vor allem auf Gesetzentwürfe, Petitionen, Bürgeranfragen, Zeitungsartikel und ähnliches. Im Sommer ist das zum Glück anders. Ich lese gern Bücher, die unterhaltsam sind und im besten Falle interessante Fakten vermitteln. So ein besonderes Exemplar ist „Eine kurze Geschichte von fast allem“.

Bill Bryson erzählt kompetent und höchst amüsant die Geschichte der Welt vom Urknall bis zur Quantenphysik. Man bekommt Antworten auf Fragen, die man sich als Kind gestellt hat und die oft ohne Antworten geblieben sind. Oder wüssten Sie, woher das Wasser in den Meeren kommt? Am Ende ist man schlauer und hat für jeden Stammtisch eine passende Geschichte parat.

Bryson teilt mit dem Leser auch erstaunliche Erkenntnisse, die nachdenklich machen – beispielsweise diese hier: „Und eines dürfen wir nie vergessen: Die Bakterien kamen Milliarden Jahre lang ohne uns Menschen zurecht. Wir dagegen könnten nicht einen einzigen Tag ohne sie überleben.“

Bill Bryson, Eine kurze Geschichte von fast allem, Goldmann-Verlag

Alexander Föhr
aus Dossenheim

Tatort Heidelberg

„Tatort Heidelberg“ ist ein wahrer Krimi über einen mehr als 100 Jahre alten Doppelmord. Am 29. Juni 1921 brachen der Herforder Oberbürgermeister Wilhelm Busse sowie der Bürgermeister Leopold Werner zu einem Spaziergang in den Heidelberger Stadtwald auf – und kehrten nie zurück. Ihre Leichen wurden knapp zwei Wochen später gefunden. Schon früh war mit dem 24-jährigen Eisenbahnarbeiter Leonhard Siefert ein Tatverdächtiger verhaftet worden. Das Gerichtsverfahren gilt als einer der ersten Indizienprozesse Deutschlands.

In seinem Buch hat der Autor W. P. A. Schneider die Ereignisse detailliert nachgezeichnet. Als großer Fan von Aktenzeichen XY hat mich dieser True-Crime-Roman von der ersten Seite an gefesselt. Der Fall spielt sich nicht nur in der Nähe meines Elternhauses ab. Auch stammt Siefert wie ich aus Zielhausen.

Mit Originalquellen wie Zeugnisaussagen, Briefen und Presseberichten lässt uns das Buch tief in die Welt der 1920er Jahre eintauchen. „Tatort Heidelberg“ ist ein packender Krimi, ein Gesellschafts- und Geschichtsbuch – die ideale Lektüre für lange Sommerabende.

W.P.A. Schneider, Tatort Heidelberg: Die Bürgermeistermorde, Gmeiner-Verlag



© Michael Wittig



© Michael Wittig



© Michael Wittig



© Michael Wittig

Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Highlights sind demgegenüber die Veranstaltungen der CDU/CSU-Fraktion. Hier eine kurze Nachlese.

Kommunalgipfel zur Migration: Gemeinsam nach Lösungen suchen

Immer mehr Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung. Doch die Aufnahmekapazitäten stoßen an ihre Grenzen. Den Kommunen und Bundesländern, die um Hilfe rufen, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gehör geschenkt. Beim Kommunalgipfel am 30. März diskutierten 400 Gäste, unter ihnen Bürgermeister, Landräte und Landesinnenminister, über Lösungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.



© Tobias Koch



Girls' Day: CDU/CSU begeistert Mädchen für die Politik

Wie viele andere Institutionen und Organisationen öffnete auch der Bundestag in Berlin am 27. April seine Türen, um Mädchen einen Einblick in den parlamentarischen Alltag zu gewähren. Der Einladung der CDU/CSU-Fraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung, sich über die politische Arbeit und andere chancenreiche Berufswege zu informieren, folgten mehr als 50 Mädchen im Alter von 16 bis 21 Jahren. Sie erhielten Gelegenheit, mit zahlreichen Abgeordneten zu sprechen. Tenor der Veranstaltung: Politik kann Spaß machen.

© Michael Wittig

ME/CFS: Mehr Aufmerksamkeit für die vernachlässigte Krankheit

Rund 300.000 Menschen in Deutschland leiden an der Krankheit ME/CFS, die unter anderem zu extremer Erschöpfung führt und starke Schmerzen verursacht. Von der Forschung werden sie bislang vernachlässigt. In einem digitalen Fachgespräch am 29. März debattierten Unionsabgeordnete mit 500 Gästen – Experten und Betroffenen. Die Unionsfraktion fordert unter anderem mehr Geld für die Forschung sowie den Aufbau von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen, Beratungsstellen und Aufklärungskampagnen.



© Michael Wittig

Kongress: Zur Zukunft der Landwirtschaft

Die Land- und Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen: die Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung, die Bewältigung des Klimawandels sowie die steigenden gesellschaftlichen Wünsche nach einem Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Auf einem Kongress diskutierten die Agrarpolitiker der CDU/CSU-Fraktion dazu am 21. Juni – in der Bildmitte die CDU-Abgeordnete und Moderatorin Christina Stumpp – mit Landwirten, Winzern, Landes- und Europapolitikern sowie Naturschützern.



© Michael Wittig



©Tobias Koch



Anja Weisgerber
@anjaweisgerber



Die **#Wolfspopulation** und **#Wolfrisse** nehmen stetig zu. Da hilft keine Romantisierung, da hilft nur die **#Jagd** zur Dezimierung der **#Wolfsbestände**. Die **#Bundesumweltministerin** muss dringend handeln.

#CDUCSU

Anja Weisgerber
Umweltpolitische Sprecherin
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Die Veranstaltungen der Fraktion:
www.cducusu.de/veranstaltungen



www.youtube.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter:
www.cducusu.de/newsletter

Impressum

Herausgeber:
Thorsten Frei MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

vi.S.d.P. Hero Warrings

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
pressestelle@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag